

21. III. 1917

Große Zeiten — große Entschlüsse.

Von Bartholomäus v. Lányi,

Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Wir stehen im Mittelpunkte von Geschehnissen erstrangiger weltgeschichtlicher Bedeutung. Im gewaltigen Kampfe haben fast alle civilisirten Völker der Erde die Kraftprobe ihres weiteren Bestandes und ihrer zukünftigen Entwicklung zu bestehen. Was jetzt vor sich geht, ist nicht mehr ein Ringen der physischen Kräfte, sondern ein Auseinandergerathen der gegensätzlichen Kulturströmungen und Weltanschauungen. Die Weltkrise scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Was nachher folgt, wird schon die unverkennbaren Kennzeichen der Entscheidung aufweisen können. Das Ergebnis wird nicht nur für die Aeußerlichkeiten der staatlichen Mächteverhältnisse, sondern auch für die sämtlichen inneren Grundlagen der menschlichen Gesellschaftsgestaltung maßgebend sein. Lebens- und entwicklungsfähige Nationen raffen sich auf und gelangen zu dem Bewußtsein, daß die Entwicklungsgeschichte der menschlichen Kultur unvermeidlich in neue Bahnen gelenkt wird. Man hat einigermaßen das Vorgefühl, als würde in der Weltgeschichte ein neues Zeitalter herannahen.

Diese Intuition findet bereits ihren Widerklang in den politischen Gefühls- und Willens- und Gebungen der Nationen und ihrer Leiter. Der Kanzler des Deutschen Reiches Bethmann-Hollweg hat in seiner vor Kurzem gehaltenen Rede auf die gewaltigen Aufgaben hingewiesen, die sowohl während des Krieges als auch nach demselben nur so bewältigt werden können, wenn das ganze Volk in allen seinen Schichten, jeder Mann im Volke mit Hand anlegen wird. Mit staatsmännischem Seherblicke deutete er auf die Zeichen der Zeit, vor denen sich Niemand mehr ungestraft verschließen kann und die dazu drängen, jedes Glied des Volkskörpers und jede demselben innewohnende Kraft zu vereinigen. „Wehe dem Staatsmann, der es glaubt, er könne einfach wieder an das anknüpfen, was vorhin war.“ Das ist der Mahnruf, der aus seinen Worten erschallt und der gewiß die höchste Beachtung verdient.

Auch bei uns gelangt allmählig die Erkenntnis zum Durchbruch, daß sich Vieles geändert hat und daß man die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegensätze, die bisher in dem öffentlichen Leben so scharfe Spaltungen hervorgerufen haben, nicht mehr aufrechterhalten kann. Die Zeichen der Zeit drängen nach möglicher Ausgleichung, und hier heißt es in erster Linie die Zwistigkeiten und Gehässigkeiten zu eliminieren, welche zum größten Theil aus den Parteikämpfen der Schlagwörterpolitik und des persönlichen Machtringens in den letzten Jahrzehnten herkommen und leider noch immer nicht behoben sind. Wir möchten den während des Krieges schon zu wiederholtenmalen lautgewordenen und auch jetzt noch bestehenden Wunsch, daß die Leitung der Staatsgeschäfte im Sinne der Kräftekonzentration ohne Rücksicht auf die Parteiunterschiede reorganisiert werde, gerne auf den Umstand zurückführen, daß man immer mehr das Bedürfnis fühlt, dort, wo es sich um die uns alle gleichmäßig angehenden Existenz- und Prosperitätsbedingungen des Vaterlandes handelt und wo hinsichtlich der Zweckbestrebungen

ohnehin das volle Einverständnis besteht, alle Nebenrücksichten beiseite zu lassen und die Verwirklichung des Zweckes gemeinschaftlich zu fördern. Hat ja doch selbst Graf Julius Andrássy das Wesen der Konzentration darin zusammengefaßt, daß angesichts der mit dem Kriege verbundenen großen Aufgaben alle vaterländischen Kräfte thätig sein sollen und daß der Kräftebestand durch die Parteikämpfe nicht vermindert werden dürfe, dementsprechend soll ein Jeder, der dazu befähigt ist, ohne Rücksicht auf seine Parteistellung und seine politische Vergangenheit auf einen solchen Platz gestellt werden, wo er am meisten nützen kann. Wenn dem aber so ist, wenn — wie wir es glauben wollen — hier nicht persönliche Machtgelüste vorherrschen: dann muß die Frage aus dem Geleise der subjektiven Behandlung ganz herausgehoben und auf den Boden rein objektiver Beurtheilung gestellt werden. Und da fragt es sich vor Allem, kann man — mit Rücksicht auf die gegenwärtig bestehende Parteikonstellation und auf die sonstigen konkreten Verhältnisse — im Wege der Konzentration auf einen wesentlichen Kräftezufluß rechnen, ohne dadurch die Einheitlichkeit, Entschiedenheit und Wirksamkeit der Regierungsverfügungen und deren Vollzug zu beeinträchtigen? Wenn ja, so dürfte man sich über die Idee der Konzentration nicht gar leicht hinwegsetzen, umsoweniger, als es die von Tag zu Tag immer mehr anwachsenden Regierungsaufgaben ohnehin erheischen, daß in dem Regierungsapparat manche Lücken ausgefüllt, manche Bestandtheile aufgefrischt werden. Dann müßten aber zuverlässige Zeichen auch dafür vorliegen, daß die parteipolitische Animosität im Erlöschen ist. Es geht doch nicht an, daß die Majorität, mit welcher man doch zusammenarbeiten und sich sogar auf dieselbe stützen will, theils hinsichtlich ihres Entstehens, theils hinsichtlich der Qualität ihrer Mitglieder fortwährenden Anfeindungen und Beschuldigungen ausgesetzt sei. Graf Albert Apponyi hat bei einer Gelegenheit, als man die Regierungsära der Koalition einer scharfen Kritik unterziehen wollte, den Standpunkt eingenommen, daß das Koalitionsregime der Geschichte angehöre und die Geschichte habe über dasselbe zu urtheilen; diese Geschichte niederzuschreiben, seien wir aber nicht berufen, weil wir interessirte Parteien sind. Dieser Auffassung kann man nur beipflichten, doch ist es recht und billig, daß dieselbe Rücksicht, auf welche sich Graf Apponyi beruft, auch Andere, insbesondere auch Diejenigen für sich in Anspruch nehmen können, denen seinerzeit die schwere Aufgabe zufiel, den Kampf mit der koalirten Majorität anzufechten. Das, was sich damals zugetragen hat, erscheint jetzt anders in der historischen Perspektive, als damals in der Hitze des Gefechtes. Jeder hat übrigens heute nur für seine Person und für die Reinheit seiner Gesinnung und Ueberzeugung einzustehen, welche letztere selbst einem verfehlten Unternehmen den veredelnden Anstrich verleiht. Es haben sich inzwischen in mancher Beziehung auch die Auffassungen geändert, deshalb darf die persönliche Befähigung, dem Vaterlande nach Kräften dienen zu können, nimmehr einzig und allein nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge beurtheilt werden.

Wir leben in großen Zeiten und diese Zeiten sind großer Entschlüsse werth; und der allererste Entschluß sei, Alles zu vermeiden, was

uns von der Vergangenheit aus von einander trennt, und Alles zu versuchen, was uns für die Zukunft vereinigen kann.